

## Herausforderungen europäischer Rüstungsprojekte

Gerade hat Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Münchener Sicherheitskonferenz sehr deutlich darauf hingewiesen, dass Deutschland, wenn es denn auf europäischer Ebene bei Rüstungsprojekten kooperieren wolle, bei der Exportpolitik auf seine Partner zugehen müsse. Dies war natürlich vor allem an den Koalitionspartner, aber auch an die deutsche Öffentlichkeit gerichtet. Denn nachdem das von Heiko Maas geführte Auswärtige Amt bereits im Dezember 2018 etlichen unserer Mitgliedsfirmen die Ausfuhr von KWKG-pflichtigen Exponaten zur IDEX nach Abu Dhabi verweigert hatte, kam nun jüngst der Genehmigungsstopp für deutsche Zulieferteile für die von Großbritannien nach Saudi-Arabien verkauften Eurofighter hinzu. Dies widerspricht den ursprünglich einmal zwischen den Eurofighter-Mitgliedsstaaten vereinbarten Tolerierungsregeln für Exportentscheidungen und hat nun einen scharfen Protest des britischen Außenminister Hunt gegenüber seinem deutschen Kollegen Maas ausgelöst. Doch damit nicht genug: Als am 22. Januar 2019 das Aachener Nachfolge-Abkommen zum Élysée-Vertrag abgeschlossen wurde, fand man dort einen Passus, der immerhin die Hoffnung erweckte, es gebe zwischen Deutschland und Frankreich so etwas wie die Neuauflage des im Jahr 1972 aufgelegten Schmidt-Debré-Abkommens, das zum Ziel hatte, für eine Reihe von gemeinschaftlichen Rüstungsprojekten gemeinsame Genehmigungsmaßstäbe beim Export der daraus resultierenden Produkte zu ermöglichen. Es bestand die Hoffnung, dass dies mit dem Aachener Vertrag eine Neuauflage erleben könnte, die sich vor allem auf die anstehenden Großprojekte FCAS, MGCS und Eurodrohne bezieht. Auch ist in diesem Zusammenhang immer wieder von einer dazu geplanten Geheimabsprache die Rede, die aber offenbar zwischen beiden Ländern noch in Verhandlung ist. Umso mehr aber verwundert es, dass ausgerechnet jetzt auch Frankreich die Debatte zusätzlich zuspitzt, indem es die Gründung eines Joint Ventures zwischen dem französischen Staatsunternehmen Naval Group und der staatlichen saudischen Rüstungsholding bekannt gibt.

Die Beobachter der Berliner Politikszene registrieren gerade, dass die beiden Koalitionsparteien einen immer größeren Berg von kontroversen Themen anhäufen, zu denen die Debatte offenbar durchaus mit Absicht von beiden Seiten zugespitzt wird. Hierzu gehören auch das 2%-Ziel der NATO sowie die Frage, wie sich Deutschland gegenüber seinen engsten europäischen Partnern beim Rüstungsexport verhält. Da aber gerade beim letztgenannten Punkt auch eine Jamaika-Alternative keine wirklich bessere Perspektive bieten würde, droht Deutschland in einem nicht nur für den europäischen Zusammenhalt, sondern auch für die konkreten Projekte FCAS und MGCS entscheidenden Jahr den europäischen Anschluss zu verlieren. Allen politischen Akteuren muss klar sein: Europa ohne das Bemühen, in wichtigen politischen Fragen auf die engsten Partner zuzugehen und nach Kompromissen zu suchen, ist zum Scheitern verurteilt. Dass gerade unser deutsches Verhalten eine tiefe Skepsis begründet, ob es in diesen Zeiten überhaupt noch zu den vielgepriesenen europäischen Kooperationsvorhaben im Bereich Verteidigung und Rüstung kommen kann, sollte uns angesichts aller anderen Rahmenbedingungen zutiefst beunruhigen.